

STAATSANWALTSCHAFT FRANKFURT AM MAIN

Pressemitteilung Nr. 12/2025

Anklage und Untersuchungshaft wegen gewerbsmäßigen Betrugs, Untreue, Bestechung und Steuerhinterziehung

Frankfurt am Main, 17. März 2025

Die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main teilt mit:

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main hat das Landgericht Frankfurt am Main — 14. Große Wirtschaftsstrafkammer — am 14. März 2025 einen Haftbefehl gegen einen **46-jährigen Geschäftsführer eines Frankfurter Unternehmens der Investitionsgüterbranche** erlassen. Der Beschuldigte befindet sich seit dem 17. März 2025 in Untersuchungshaft in der JVA Frankfurt I.

[Name und Firmenbezeichnung — auf richterliche Anordnung geschwärzt — redigierte Fassung]

Dem Beschuldigten wird zur Last gelegt, im Zeitraum von 2019 bis 2022 in **14 Fällen** durch falsche Angaben zu technischen Eigenschaften von Industriemaschinen einen Großabnehmer getäuscht und dabei einen Schaden von insgesamt ca. **■■■■■■■■■■ EUR** verursacht zu haben (§ 263 Abs. 3 StGB). Darüber hinaus besteht der Verdacht der Untreue (§ 266 StGB), der Bestechung dreier Einkäufer (§ 334 StGB) sowie der Steuerhinterziehung (§ 370 AO) in erheblichem Umfang.

Die Ermittlungen wurden von der Abteilung Wirtschaftskriminalität der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main gemeinsam mit dem LKA Hessen und der Steuerfahndung Frankfurt geführt.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass der Beschuldigte unschuldig ist, bis seine Schuld rechtskräftig festgestellt wird (Unschuldsvermutung). Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Rückfragen: Pressestelle Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main · Tel. 069 / 1367-5500 · Mo–Fr 9–17 Uhr

[Redigierte Verteidigungskopie — Marx Strafverteidigung Frankfurt · Az. 5/28 KLS 122/25]